

# **Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss<sup>1</sup>**

## **Berichtsgegenstand**

### **Vertrag „Katastrophenmanagement Tirol“ mit dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol, gemäß § 15 Abs. 2 Tiroler Katastrophenmanagementgesetz 2006**

#### **1. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschluss auf die in Art. 2 Abs. 1 DAWI-Beschluss aufgeführten Kategorien von Dienstleistungen; Angaben der Höhe gewährter Beträge:**

Am 12.11.2011 haben das Land Tirol und das Österreichische Rote Kreuz, Landesverband Tirol, gemäß § 15 Abs. 1 lit. b. des Gesetzes vom 8. Februar 2006 über das Katastrophenmanagement in Tirol (Tiroler Katastrophenmanagementgesetz; TirKatManG; LGBl. 33/2006, idgF.) den Vertrag „Katastrophenmanagement Tirol“ abgeschlossen. Damit wird die Mitwirkung des Österreichischen Roten Kreuzes Tirol, Landesverband Tirol bei der Durchführung der Abwehr und der Bekämpfung von Katastrophen als Hilfs- und Rettungskräfte sichergestellt.

Aufgrund eines gegebenen Anlasses (katastrophales Hochwasser in Kössen im Sommer 2013) wurde ein Änderungsbedarf des Vertrages manifest. Um die Mitwirkung des Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol weiterhin im erforderlichen Ausmaß sicherzustellen, wurde der ursprüngliche Vertrag dahingehend ergänzt, dass die Mitwirkungsverpflichtung bei der Durchführung der Abwehr und der Bekämpfung von Katastrophen erweitert und die Anschaffung zusätzlicher Ausrüstungsgegenstände ermöglicht wurde.

Der Vertrag mit dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol wurde mit Wirksamkeit vom 06.08.2014 zum ersten Mal, im Jahr 2016 zum zweiten Mal ergänzt. Der Gesamtvertrag entspricht den Vorgaben des DAWI-Beschluss der EK vom 20.12.2011. Das Volumen der jährlichen Ausgleichleistungen beträgt maximal EUR 253.000,00 (davon maximal EUR 185.000,00 nach dem ursprünglichen Vertrag und zusätzlich maximal EUR 68.000,00 aufgrund der ersten Vertragsänderung vom 06.08.2014). Hinzu kam im Jahr 2014 ein einmaliger Zuschuss von EUR 200.000,00 für die Anschaffung von Fahrzeugen für den Katastrophenschutz.

#### **2. Berichterstattung unter Beachtung der Vorgaben des Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss:**

##### **a. Ausführungen zur Anwendung dieses Beschlusses auf die in seinen Anwendungsbereich fallenden Dienstleistungen**

Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistung-	Dienstleistungen zur Durchführung der Ab-
---	---

<sup>1</sup> Beschluss der Kommission 2012/21/EU vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (ABl. L 7 vom 11.1.2012, S. 3)

**Vertrag „Katastrophenmanagement Tirol“ mit dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol**

Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss

<p>gen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen, mit denen der Erbringer als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut wurde.</b></p>	<p><b>wehr und der Bekämpfung von Katastrophen iSd § 15 Abs. 1 des Gesetzes vom 8. Februar 2006 über das Katastrophenmanagement in Tirol (Tiroler Katastrophenmanagementgesetz; (TirKatManG); LGBl. Nr. 33/2006; idgF..</b></p>
<p>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b>. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungen verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</p>	<p><b>Die Betrauung erfolgt primär durch Gesetz (§ 15 Abs. 1 TirKatManG) und nach Möglichkeit zusätzlich durch Abschluss eines entsprechenden Vertrages (§ 15 Abs. 2 TirKatManG). In Bezug auf den zwischen dem Land Tirol und dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol abgeschlossenen Vertrages ist die Änderung des im Jahr 2011 geänderten Vertrages substantiell.</b></p>
<p>Erläutern Sie bitte die (typische) <b>Betrauungsdauer</b> und geben Sie die Mindest- und Höchstdauer der Betrauungen an. Bitte geben Sie auch an, wie hoch der Anteil der Betrauungen ist, deren Dauer 10 Jahre überschreitet.</p>	<p><b>Der entsprechende Vertrag mit dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol wurde ursprünglich auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Die hier ausschlaggebende Vertragsänderung wurde auf die Dauer von 10 Jahren ab Unterfertigung abgeschlossen.</b></p>
<p>Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.</p>	<p><b>Dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol werden durch die Vertragsänderung besondere Rechte gewährt.</b></p>
<p>Erläutern Sie bitte, den (typischen) <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen, einschließlich des verwendeten Beihilfeinstruments (Zuschuss, Garantie usw.), und machen Sie Angaben darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Netavoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.</p>	<p><b>Der Ausgleich an das Österreichische Rote Kreuz, Landesverband Tirol erfolgt unterschiedlich. Zum einen werden tatsächlich entstandene Kosten nach Rechnungslegung und Beleg der entstandenen Kosten in der tatsächlich angefallenen Höhe bis zu einem vereinbarten Maximalbetrag ersetzt (in der Vertragsergänzung ist nur dieser Ausgleichsmechanismus vorgesehen). Zum anderen erfolgt zweimal jährlich eine Pauschalzahlung, deren Höhe sich an der Höhe der im Vorjahr tatsächlich benötigten Mittel orientiert. Dazu sind die aufgewendeten Mittel nachzuweisen. Auch hier ist eine Deckelung</b></p>

**Vertrag „Katastrophenmanagement Tirol“ mit dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol**

Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss

	<b>vorgesehen.</b>
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Vorkehrungen, die getroffen wurden, damit keine Überkompensierung entsteht bzw. etwaige überhöhte Ausgleichszahlungen zurückgezahlt werden.</b>	<b>Zum einen ist eine Überkompensation nicht möglich, weil nur die tatsächlich angefallenen und nachgewiesenen Kosten ersetzt werden. Die unterjährige Pauschalzahlung orientiert sich an den im Vorjahr benötigten Mitteln, welche vom Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol, nachzuweisen sind.</b>
<b>b. Höhe der gewährten Beihilfe</b>	
<b>Insgesamt gewährte Beihilfe<sup>2</sup>.</b> <u>Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gezahlte Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften gezahlten Beihilfen.</u>	<b>Das Volumen der jährlichen Ausgleichleistungen beträgt maximal EUR 253.000,00 (davon maximal EUR 185.000,00 nach dem ursprünglichen Vertrag und zusätzlich maximal EUR 68.000,00 aufgrund der Vertragsänderung). Hinzu kommt im Jahr 2014 ein einmaliger Zuschuss von EUR 200.000,00 zweckgebunden für die Anschaffung von Fahrzeugen für den Katastrophenschutz.</b>
<b>c. Schwierigkeiten bei der Anwendung des DAWI-Beschlusses und des DAWI-Rahmens bzw. Beschwerden</b>	
Bei dem Abschluss der Vereinbarung kam es zu keinen Schwierigkeiten mit Hinblick auf die Anwendung des DAWI-Beschlusses bzw. des DAWI-Rahmens. Es sind keine Beschwerden gegen den Abschluss der Vertragsänderung bekannt.	
<b>d. Ausführung von Informationen, welche die Kommission über die Anwendung des DAWI-Beschluss rechtzeitig vor der Abgabefrist der Berichterstattung erbeten hat.</b>	
Es sind keine gesondert erbetenen näheren Ausführungen und Informationen bekannt gegeben worden.	

Innsbruck, am 14.09.2016

<sup>2</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DAWI-Beschlusses und Randnummer 62 Buchstabe b des DAWI-Rahmens. Bitte übermitteln Sie eine Aufschlüsselung nach Kalenderjahr.

# **Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss<sup>1</sup>**

## **Berichtsgegenstand**

### **„Fördervertrag Bergrettungsdienst“ mit dem Österreichischen Bergrettungsdienst Land Tirol, gemäß Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009**

#### **1. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschluss auf die in Art. 2 Abs. 1 DAWI-Beschluss aufgeführten Kategorien von Dienstleistungen; Angaben der Höhe gewährter Beträge:**

Am 18.02.2010 haben das Land Tirol und der Österreichische Bergrettungsdienst Land Tirol, gemäß den Bestimmungen des Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009 (LGBl. Nr. 96/2009, idgF.) iVm den Richtlinien der Tiroler Landesregierung über die Förderung in Tirol tätiger Rettungsorganisationen, den „Fördervertrag Bergrettungsdienst“ abgeschlossen. Durch diesen Fördervertrag, wird die Bergung und medizinische Erstversorgung verletzter, kranker oder sonst hilfsbedürftiger Personen aus Gefahrenlagen im alpinen oder unwegsamen Gelände, sowie deren Beförderung bis zu einer für die Übergabe an eine Rettungseinrichtung im Sinne des § 2 Abs. 2 Zif. 9 Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009 (LGBl. Nr. 96/2009, idgF.) sichergestellt.

Damit die laufende Einsatzbereitschaft des österreichischen Bergrettungsdienstes durch bestmögliche Ausrüstungsgegenstände der Einsatzkräfte und der 96 aktiven Ortsstellen in Tirol sichergestellt werden kann, wurde der „Fördervertrag Bergrettungsdienst“ am 02.12.2010 angepasst und im Jahr 2016 erneut ergänzt. Zur besseren Übersicht wurden sämtliche Vereinbarungen in einem Vertragswerk zusammengefasst und an die Konformität des Beschlusses der EK vom 20.12.2011 – DAWI-Beschluss angepasst.

Das Volumen der jährlichen Ausgleichsleistungen beträgt bis zu EUR 732.240,00. Unter Zugrundelegung der ersten Vertragsergänzung vom 02.10.2010 konnte im Jahr 2016 ein einmaliger Zuschuss von EUR 200.000,00 für die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen gewährt werden.

#### **2. Berichterstattung unter Beachtung der Vorgaben des Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss:**

<b>a. Ausführungen zur Anwendung dieses Beschlusses auf die in seinen Anwendungsbereich fallenden Dienstleistungen</b>	
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen	<b>Dienstleistungen im Sinne des § 2 Abs. 9 Gesetz vom 1. Juli 2009, mit dem der öffentliche</b>

<sup>1</sup> Beschluss der Kommission 2012/21/EU vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (ABl. L 7 vom 11.1.2012, S. 3)

**„Fördervertrag Bergrettungsdienst“ mit dem Österreichischen Bergrettungsdienst Land Tirol**

Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss

<p>Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen, mit denen der Erbringer als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut wurde.</b></p>	<p><b>Rettungsdienst in Tirol geregelt wird (Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009), LGBI. Nr. 96/2009, idgF. in Verbindung mit den Richtlinien der Tiroler Landesregierung über die Förderung in Tirol tätiger Rettungsorganisationen gemäß § 12 Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009. Dies umfasst die Bergung und die medizinische Erstversorgung verletzter, kranker oder sonst hilfsbedürftiger Personen aus Gefahrenlagen im alpinen oder unwegsamen Gelände sowie deren Beförderung bis zu einer für die Übergabe an eine Rettungseinrichtung geeigneten Stelle.</b></p>
<p>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b>. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungen verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</p>	<p><b>Die Betrauung erfolgt primär durch Gesetz (§ 2 Abs. 9 in Verbindung mit § 12 Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009) und nach Möglichkeit zusätzlich durch Abschluss eines entsprechenden Vertrages.</b></p>
<p>Erläutern Sie bitte die (typische) <b>Betrauungsdauer</b> und geben Sie die Mindest- und Höchstdauer der Betrauungen an. Bitte geben Sie auch an, wie hoch der Anteil der Betrauungen ist, deren Dauer 10 Jahre überschreitet.</p>	<p><b>Der entsprechende Vertrag mit dem Österreichischen Bergrettungsdienst Land Tirol wurde ursprünglich auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Die hier ausschlaggebende Vertragsänderung wurde auf die Dauer von 10 Jahren ab Unterfertigung abgeschlossen.</b></p>
<p>Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.</p>	<p><b>Dem Bergrettungsdienst Tirol werden durch die Vertragsänderung besondere Rechte gewährt.</b></p>
<p>Erläutern Sie bitte, den (typischen) <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen, einschließlich des verwendeten Beihilfeinstruments (Zuschuss, Garantie usw.), und machen Sie Angaben darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Netavoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.</p>	<p><b>Der Ausgleich an den Österreichischen Bergrettungsdienst, Land Tirol erfolgt unterschiedlich. Zum einen werden tatsächlich entstandene Kosten nach Rechnungslegung und Beleg der entstandenen Kosten in der tatsächlich angefallenen Höhe bis zu einem vereinbarten Maximalbetrag ersetzt. Zum anderen erfolgt zweimal jährlich eine Pauschalzahlung, deren Höhe sich an der Höhe der im Vorjahr tatsächlich benötigten Mittel orientiert. Dazu sind die aufgewendeten Mittel nachzuweisen. Auch hier ist eine Deckelung vorgesehen.</b></p>

**„Fördervertrag Bergrettungsdienst“ mit dem Österreichischen Bergrettungsdienst Land Tirol**  
Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss

<p>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Vorkehrungen, die getroffen wurden, damit keine Überkompensierung entsteht bzw. etwaige überhöhte Ausgleichszahlungen zurückgezahlt werden.</b></p>	<p><b>Zum einen ist eine Überkompensation nicht möglich, weil nur die tatsächlich angefallenen und nachgewiesenen Kosten ersetzt werden. Die unterjährige Pauschalzahlung orientiert sich an den im Vorjahr benötigten Mittel, welche vom Bergrettungsdienst Tirol, nachzuweisen sind.</b></p>
<p align="center"><b>b. Höhe der gewährten Beihilfe</b></p>	
<p><b>Insgesamt gewährte Beihilfe<sup>2</sup>. <u>Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gezahlte Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften gezahlten Beihilfen.</u></b></p>	<p><b>Das Volumen der jährlichen Ausgleichleistungen beträgt maximal EUR 732.240,00. Hinzu kommt im Jahr 2016 ein einmaliger Zuschuss von EUR 200.000,00 für die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen.</b></p>
<p align="center"><b>c. Schwierigkeiten bei der Anwendung des DAWI-Beschlusses und des DAWI-Rahmens bzw. Beschwerden</b></p>	
<p>Bei dem Abschluss der Vereinbarung kam es zu keinen Schwierigkeiten mit Hinblick auf die Anwendung des DAWI-Beschlusses bzw. des DAWI-Rahmens. Es sind keine Beschwerden gegen den Abschluss der Vertragsänderung bekannt.</p>	
<p align="center"><b>d. Ausführung von Informationen, welche die Kommission über die Anwendung des DAWI-Beschluss rechtzeitig vor der Abgabefrist der Berichterstattung erbeten hat.</b></p>	
<p>Es sind keine gesondert erbetenen näheren Ausführungen und Informationen bekannt gegeben worden.</p>	

Innsbruck, am 14.09.2016

<sup>2</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DAWI-Beschlusses und Randnummer 62 Buchstabe b des DAWI-Rahmens. Bitte übermitteln Sie eine Aufschlüsselung nach Kalenderjahr.

# **Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss<sup>1</sup>**

## **Berichtsgegenstand**

### **Vertrag „Katastrophenmanagement Tirol“ mit dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol, gemäß § 15 Abs. 2 Tiroler Katastrophenmanagementgesetz 2006**

#### **1. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschluss auf die in Art. 2 Abs. 1 DAWI-Beschluss aufgeführten Kategorien von Dienstleistungen; Angaben der Höhe gewährter Beträge:**

Am 12.11.2011 haben das Land Tirol und das Österreichische Rote Kreuz, Landesverband Tirol, gemäß § 15 Abs. 1 lit. b. des Gesetzes vom 8. Februar 2006 über das Katastrophenmanagement in Tirol (Tiroler Katastrophenmanagementgesetz; TirKatManG; LGBl. 33/2006, idgF.) den Vertrag „Katastrophenmanagement Tirol“ abgeschlossen. Damit wird die Mitwirkung des Österreichischen Roten Kreuzes Tirol, Landesverband Tirol bei der Durchführung der Abwehr und der Bekämpfung von Katastrophen als Hilfs- und Rettungskräfte sichergestellt.

Aufgrund eines gegebenen Anlasses (katastrophales Hochwasser in Kössen im Sommer 2013) wurde ein Änderungsbedarf des Vertrages manifest. Um die Mitwirkung des Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol weiterhin im erforderlichen Ausmaß sicherzustellen, wurde der ursprüngliche Vertrag dahingehend ergänzt, dass die Mitwirkungsverpflichtung bei der Durchführung der Abwehr und der Bekämpfung von Katastrophen erweitert und die Anschaffung zusätzlicher Ausrüstungsgegenstände ermöglicht wurde.

Der Vertrag mit dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol wurde mit Wirksamkeit vom 06.08.2014 zum ersten Mal, im Jahr 2016 zum zweiten Mal ergänzt. Der Gesamtvertrag entspricht den Vorgaben des DAWI-Beschluss der EK vom 20.12.2011. Das Volumen der jährlichen Ausgleichleistungen beträgt maximal EUR 253.000,00 (davon maximal EUR 185.000,00 nach dem ursprünglichen Vertrag und zusätzlich maximal EUR 68.000,00 aufgrund der ersten Vertragsänderung vom 06.08.2014). Hinzu kam im Jahr 2014 ein einmaliger Zuschuss von EUR 200.000,00 für die Anschaffung von Fahrzeugen für den Katastrophenschutz.

#### **2. Berichterstattung unter Beachtung der Vorgaben des Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss:**

<b>a. Ausführungen zur Anwendung dieses Beschlusses auf die in seinen Anwendungsbe- reich fallenden Dienstleistungen</b>	
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistun-	<b>Dienstleistungen zur Durchführung der Ab-</b>

<sup>1</sup> Beschluss der Kommission 2012/21/EU vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (ABl. L 7 vom 11.1.2012, S. 3)

**Vertrag „Katastrophenmanagement Tirol“ mit dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol**

Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss

<p>gen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen, mit denen der Erbringer als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut wurde.</b></p>	<p><b>wehr und der Bekämpfung von Katastrophen iSd § 15 Abs. 1 des Gesetzes vom 8. Februar 2006 über das Katastrophenmanagement in Tirol (Tiroler Katastrophenmanagementgesetz; (TirKatManG); LGBl. Nr. 33/2006; idgF..</b></p>
<p>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b>. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungen verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</p>	<p><b>Die Betrauung erfolgt primär durch Gesetz (§ 15 Abs. 1 TirKatManG) und nach Möglichkeit zusätzlich durch Abschluss eines entsprechenden Vertrages (§ 15 Abs. 2 TirKatManG). In Bezug auf den zwischen dem Land Tirol und dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol abgeschlossenen Vertrages ist die Änderung des im Jahr 2011 geänderten Vertrages substantiell.</b></p>
<p>Erläutern Sie bitte die (typische) <b>Betrauungsdauer</b> und geben Sie die Mindest- und Höchstdauer der Betrauungen an. Bitte geben Sie auch an, wie hoch der Anteil der Betrauungen ist, deren Dauer 10 Jahre überschreitet.</p>	<p><b>Der entsprechende Vertrag mit dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol wurde ursprünglich auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Die hier ausschlaggebende Vertragsänderung wurde auf die Dauer von 10 Jahren ab Unterfertigung abgeschlossen.</b></p>
<p>Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.</p>	<p><b>Dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol werden durch die Vertragsänderung besondere Rechte gewährt.</b></p>
<p>Erläutern Sie bitte, den (typischen) <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen, einschließlich des verwendeten Beihilfeinstruments (Zuschuss, Garantie usw.), und machen Sie Angaben darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Netavoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.</p>	<p><b>Der Ausgleich an das Österreichische Rote Kreuz, Landesverband Tirol erfolgt unterschiedlich. Zum einen werden tatsächlich entstandene Kosten nach Rechnungslegung und Beleg der entstandenen Kosten in der tatsächlich angefallenen Höhe bis zu einem vereinbarten Maximalbetrag ersetzt (in der Vertragsergänzung ist nur dieser Ausgleichsmechanismus vorgesehen). Zum anderen erfolgt zweimal jährlich eine Pauschalzahlung, deren Höhe sich an der Höhe der im Vorjahr tatsächlich benötigten Mittel orientiert. Dazu sind die aufgewendeten Mittel nachzuweisen. Auch hier ist eine Deckelung</b></p>



**Vertrag „Katastrophenmanagement Tirol“ mit dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol**

Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss

	<b>vorgesehen.</b>
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Vorkehrungen, die getroffen wurden, damit keine Überkompensierung entsteht bzw. etwaige überhöhte Ausgleichszahlungen zurückgezahlt werden.</b>	<b>Zum einen ist eine Überkompensation nicht möglich, weil nur die tatsächlich angefallenen und nachgewiesenen Kosten ersetzt werden. Die unterjährige Pauschalzahlung orientiert sich an den im Vorjahr benötigten Mitteln, welche vom Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol, nachzuweisen sind.</b>
<b>b. Höhe der gewährten Beihilfe</b>	
<b>Insgesamt gewährte Beihilfe<sup>2</sup>.</b> <u>Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gezahlte Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften gezahlten Beihilfen.</u>	<b>Das Volumen der jährlichen Ausgleichleistungen beträgt maximal EUR 253.000,00 (davon maximal EUR 185.000,00 nach dem ursprünglichen Vertrag und zusätzlich maximal EUR 68.000,00 aufgrund der Vertragsänderung). Hinzu kommt im Jahr 2014 ein einmaliger Zuschuss von EUR 200.000,00 zweckgebunden für die Anschaffung von Fahrzeugen für den Katastrophenschutz.</b>
<b>c. Schwierigkeiten bei der Anwendung des DAWI-Beschlusses und des DAWI-Rahmens bzw. Beschwerden</b>	
Bei dem Abschluss der Vereinbarung kam es zu keinen Schwierigkeiten mit Hinblick auf die Anwendung des DAWI-Beschlusses bzw. des DAWI-Rahmens. Es sind keine Beschwerden gegen den Abschluss der Vertragsänderung bekannt.	
<b>d. Ausführung von Informationen, welche die Kommission über die Anwendung des DAWI-Beschluss rechtzeitig vor der Abgabefrist der Berichterstattung erbeten hat.</b>	
Es sind keine gesondert erbetenen näheren Ausführungen und Informationen bekannt gegeben worden.	

Innsbruck, am 14.09.2016

<sup>2</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DAWI-Beschlusses und Randnummer 62 Buchstabe b des DAWI-Rahmens. Bitte übermitteln Sie eine Aufschlüsselung nach Kalenderjahr.

# **Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss<sup>1</sup>**

## **Berichtsgegenstand**

### **„Fördervertrag Bergrettungsdienst“ mit dem Österreichischen Bergrettungsdienst Land Tirol, gemäß Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009**

#### **1. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschluss auf die in Art. 2 Abs. 1 DAWI-Beschluss aufgeführten Kategorien von Dienstleistungen; Angaben der Höhe gewährter Beträge:**

Am 18.02.2010 haben das Land Tirol und der Österreichische Bergrettungsdienst Land Tirol, gemäß den Bestimmungen des Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009 (LGBl. Nr. 96/2009, idGF.) iVm den Richtlinien der Tiroler Landesregierung über die Förderung in Tirol tätiger Rettungsorganisationen, den „Fördervertrag Bergrettungsdienst“ abgeschlossen. Durch diesen Fördervertrag, wird die Bergung und medizinische Erstversorgung verletzter, kranker oder sonst hilfsbedürftiger Personen aus Gefahrenlagen im alpinen oder unwegsamen Gelände, sowie deren Beförderung bis zu einer für die Übergabe an eine Rettungseinrichtung im Sinne des § 2 Abs. 2 Zif. 9 Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009 (LGBl. Nr. 96/2009, idGF.) sichergestellt.

Damit die laufende Einsatzbereitschaft des österreichischen Bergrettungsdienstes durch bestmögliche Ausrüstungsgegenstände der Einsatzkräfte und der 96 aktiven Ortsstellen in Tirol sichergestellt werden kann, wurde der „Fördervertrag Bergrettungsdienst“ am 02.12.2010 angepasst und im Jahr 2016 erneut ergänzt. Zur besseren Übersicht wurden sämtliche Vereinbarungen in einem Vertragswerk zusammengefasst und an die Konformität des Beschlusses der EK vom 20.12.2011 – DAWI-Beschluss angepasst.

Das Volumen der jährlichen Ausgleichsleistungen beträgt bis zu EUR 732.240,00. Unter Zugrundelegung der ersten Vertragsergänzung vom 02.10.2010 konnte im Jahr 2016 ein einmaliger Zuschuss von EUR 200.000,00 für die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen gewährt werden.

#### **2. Berichterstattung unter Beachtung der Vorgaben des Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss:**

<b>a. Ausführungen zur Anwendung dieses Beschlusses auf die in seinen Anwendungsbereich fallenden Dienstleistungen</b>	
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen	<b>Dienstleistungen im Sinne des § 2 Abs. 9 Gesetz vom 1. Juli 2009, mit dem der öffentliche</b>

<sup>1</sup> Beschluss der Kommission 2012/21/EU vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (ABl. L 7 vom 11.1.2012, S. 3)

**„Fördervertrag Bergrettungsdienst“ mit dem Österreichischen Bergrettungsdienst Land Tirol**  
Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss

<p>Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen, mit denen der Erbringer als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut wurde.</b></p>	<p><b>Rettungsdienst in Tirol geregelt wird (Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009), LGBI. Nr. 96/2009, idgF. in Verbindung mit den Richtlinien der Tiroler Landesregierung über die Förderung in Tirol tätiger Rettungsorganisationen gemäß § 12 Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009. Dies umfasst die Bergung und die medizinische Erstversorgung verletzter, kranker oder sonst hilfsbedürftiger Personen aus Gefahrenlagen im alpinen oder unwegsamen Gelände sowie deren Beförderung bis zu einer für die Übergabe an eine Rettungseinrichtung geeigneten Stelle.</b></p>
<p>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b>. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungen verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</p>	<p><b>Die Betrauung erfolgt primär durch Gesetz (§ 2 Abs. 9 in Verbindung mit § 12 Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009) und nach Möglichkeit zusätzlich durch Abschluss eines entsprechenden Vertrages.</b></p>
<p>Erläutern Sie bitte die (typische) <b>Betrauungsdauer</b> und geben Sie die Mindest- und Höchstdauer der Betrauungen an. Bitte geben Sie auch an, wie hoch der Anteil der Betrauungen ist, deren Dauer 10 Jahre überschreitet.</p>	<p><b>Der entsprechende Vertrag mit dem Österreichischen Bergrettungsdienst Land Tirol wurde ursprünglich auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Die hier ausschlaggebende Vertragsänderung wurde auf die Dauer von 10 Jahren ab Unterfertigung abgeschlossen.</b></p>
<p>Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.</p>	<p><b>Dem Bergrettungsdienst Tirol werden durch die Vertragsänderung besondere Rechte gewährt.</b></p>
<p>Erläutern Sie bitte, den (typischen) <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen, einschließlich des verwendeten Beihilfeinstruments (Zuschuss, Garantie usw.), und machen Sie Angaben darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Netavoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.</p>	<p><b>Der Ausgleich an den Österreichischen Bergrettungsdienst, Land Tirol erfolgt unterschiedlich. Zum einen werden tatsächlich entstandene Kosten nach Rechnungslegung und Beleg der entstandenen Kosten in der tatsächlich angefallenen Höhe bis zu einem vereinbarten Maximalbetrag ersetzt. Zum anderen erfolgt zweimal jährlich eine Pauschalzahlung, deren Höhe sich an der Höhe der im Vorjahr tatsächlich benötigten Mittel orientiert. Dazu sind die aufgewendeten Mittel nachzuweisen. Auch hier ist eine Deckelung vorgesehen.</b></p>

**„Fördervertrag Bergrettungsdienst“ mit dem Österreichischen Bergrettungsdienst Land Tirol**  
Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss

<p>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Vorkehrungen, die getroffen wurden, damit keine Überkompensierung entsteht bzw. etwaige überhöhte Ausgleichszahlungen zurückgezahlt werden.</b></p>	<p><b>Zum einen ist eine Überkompensation nicht möglich, weil nur die tatsächlich angefallenen und nachgewiesenen Kosten ersetzt werden. Die unterjährige Pauschalzahlung orientiert sich an den im Vorjahr benötigten Mittel, welche vom Bergrettungsdienst Tirol, nachzuweisen sind.</b></p>
<p align="center"><b>b. Höhe der gewährten Beihilfe</b></p>	
<p><b>Insgesamt gewährte Beihilfe<sup>2</sup>. Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gezahlte Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften gezahlten Beihilfen.</b></p>	<p><b>Das Volumen der jährlichen Ausgleichleistungen beträgt maximal EUR 732.240,00. Hinzu kommt im Jahr 2016 ein einmaliger Zuschuss von EUR 200.000,00 für die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen.</b></p>
<p align="center"><b>c. Schwierigkeiten bei der Anwendung des DAWI-Beschlusses und des DAWI-Rahmens bzw. Beschwerden</b></p>	
<p>Bei dem Abschluss der Vereinbarung kam es zu keinen Schwierigkeiten mit Hinblick auf die Anwendung des DAWI-Beschlusses bzw. des DAWI-Rahmens. Es sind keine Beschwerden gegen den Abschluss der Vertragsänderung bekannt.</p>	
<p align="center"><b>d. Ausführung von Informationen, welche die Kommission über die Anwendung des DAWI-Beschluss rechtzeitig vor der Abgabefrist der Berichterstattung erbeten hat.</b></p>	
<p>Es sind keine gesondert erbetenen näheren Ausführungen und Informationen bekannt gegeben worden.</p>	

Innsbruck, am 14.09.2016

<sup>2</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DAWI-Beschlusses und Randnummer 62 Buchstabe b des DAWI-Rahmens. Bitte übermitteln Sie eine Aufschlüsselung nach Kalenderjahr.

**AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG**  
**Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr**  
**Abteilung Umwelt- und Energiewirtschaft**  
**3109 St. Pölten, Landhausplatz 1**

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft  
Stubenring 1  
1010 Wien

**Bundesministerium für**  
**Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft**

Empf.: **- 8. SEP. 2016**

Zl. Abt. **C1**  
Anl. **8**

Beilagen

**RU3-F-175037/031-2016**

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: [post.ru3@noel.gv.at](mailto:post.ru3@noel.gv.at) - Telefax 02742/9005/14350  
Internet: <http://www.noel.gv.at> DVR: 0059986  
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005

Bezug

BearbeiterIn  
Mag. Klaus  
Bottensteiner

(0 27 42) 9005

Durchwahl  
15175

Datum

05. September 2016

Betrifft

BMWFW-57.008/0004-C1/8/2016; Rundschreiben, Nr. 6/2016

Sehr geehrte Damen und Herren!

In Beantwortung Ihres Rundschreibens Nr. 6/2016 teilt die Abteilung Umwelt- und Energiewirtschaft folgendes mit:

Beginnend mit 01.07.2014 sagte das Land NÖ der „Die Garten Tulln GmbH“ die Gewährung von Ausgleichszahlungen zu. Die Betrauung mit der Erbringung der DAWI erfolgte durch einen zivilrechtlichen Vertrag, unter Berufung auf den Beschluss der Kommission vom 20. Dezember 2011 (2012/21/EU).

Gegenstand der DAWI ist der Betrieb einer Schaugartenanlage im Rahmen der Aktion „Natur im Garten“, die ökologische Pflege des gesamten Areals unter strengster Beachtung der Kriterien und Grundsätze dieser Aktion, die Bepflanzung des Geländes und die Sichtbarmachung des ökologischen Ansatzes für die Besucher, insbesondere die Sensibilisierung für die Bereiche Gartenökologie, Botanik, Pflege, Pflanzenschutz, Gartenarchitektur sowie Vortragstätigkeiten. Insbesondere in Hinblick auf Art. 191 Abs. 1 Z1 AEUV, und der Tatsache, dass Umweltschutz eines der prämierten Ziele der Union ist, geht das Land NÖ davon aus, dass diese Leistungen als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse einzustufen sind.



Gegenstand der Ausgleichszahlungen sind die Nettokosten, also die Differenz zwischen den tatsächlichen Kosten, die mit der Erbringung der DAWI verbunden sind und der aus den DAWI erzielten Einnahmen.

Die Empfängerin der Ausgleichszahlungen erbringt ausschließlich Leistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, daher wird nur ein Rechnungskreis geführt, die Nettokosten werden nach der Kostenallokationsmethode berechnet und kontrolliert.

Zur Kontrolle der Nettokosten, insbesondere aber auch zur Vermeidung von Überkompensationen, legt die Empfängerin der Ausgleichszahlungen jährlich, bis längstens 30. September eines jeden Kalenderjahres das Planbudget für das darauf folgende Wirtschaftsjahr vor, seitens des Landes NÖ wird dann ein Höchstbetrag für die Ausgleichszahlungen festgesetzt. Der Vertrag sieht jedoch vor, dass die Ausgleichszahlungen pro Kalenderjahr maximal EUR 950.000,00 betragen, dieser Betrag kann keinesfalls überschritten werden.

Die Empfängerin der Ausgleichszahlungen hat Quartalsberichte sowie einen Jahresbericht vorzulegen, damit einerseits die Erbringung der DAWI ex post plausibilisiert werden kann, weiters können anhand dieser Berichte die Nettokosten kontrolliert und nachvollzogen werden.

Die Berichte haben insbesondere eine Darstellung der

- erbrachten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse;
- eingeleiteten und/oder abgeschlossenen Beschaffungsvorgängen;
- die Anzahl der Personen und/oder Rechtsträger, die die Dienstleistung in Anspruch genommen haben, sowie
- sämtliche sonstigen Informationen, die in Zusammenhang mit den vertragsgegenständlichen DAWI für die Erbringerin der Dienstleistung und/oder das Land NÖ von Relevanz sind oder sein könnten.

Die Empfängerin der Ausgleichszahlungen hat weiters jährlich den geprüften und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss vorzulegen, um Überkompensationen zu verhindern.

Im Halbjahr 2014 betrugen die Ausgleichszahlungen EUR 370.904,00, für das Berichtsjahr 2015 EUR 921.279,00.

Die Anwendung des Beschlusses führte zu keinen Schwierigkeiten, Beschwerden Dritter, welcher Art auch immer, wurden nicht erhoben.

Ergeht an:

1. Die Garten Tulln GmbH, Am Wasserpark, 3430 Tulln

NÖ Landesregierung

Im Auftrag

Dipl.-Ing. O b r i c h t



Dieses Schriftstück wurde amtssigniert.  
Hinweise finden Sie unter:  
[www.noel.gv.at/amtssignatur](http://www.noel.gv.at/amtssignatur)

# BERICHT des AMS zu DAWI 2014/2015

## 2a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege

Gegenstand der DL	<b>Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte im Bereich Gesundheits- und Sozialwesen und seit 2015 Kindergartenpädagogik durch das Arbeitsmarktservice</b>
Form der Betrauung	Förderungsvertrag
Betrauungsdauer	Je nach Ausbildung unterschiedlich, idR unter 3 Jahre
Ausschließliche oder besondere Rechte	nein
Ausgleichsmechanismus	Zuschuss zu Echkosten für eindeutig definierte förderungsfähige Kosten. Eine Doppelförderung ist unzulässig. Seit 2015 können max. 60 % der förderungsfähigen Kosten durch das AMS gefördert werden.
Vorkehrungen gegen Überkompensation	Siehe oben
Insgesamt ausbezahlte Förderung	2014 2,0 Mio. EUR 2015 0,1 Mio. EUR

## 2c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

Gegenstand der DL	<p><b>Förderung von Beschäftigungsprojekte, Beratungs- und Betreuungseinrichtungen sowie Ausbildungszentren durch das Arbeitsmarktservice</b></p> <p>Das Ziel von gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten und Sozialökonomischen Betrieben ist die Integration von am Arbeitsmarkt benachteiligten Personen. Durch die Bereitstellung von relativ geschützten befristeten Arbeitsplätzen soll die nachhaltige Integration von schwer vermittelbaren Personen in den Arbeitsmarkt gefördert werden (Vermittlungsunterstützung). Die Beratungs- und Betreuungseinrichtungen dienen der Erhöhung der Vermittlungsfähigkeit der beratenen/betreuten Personen, der Durchführung spezifischer Vermittlungstätigkeiten mittels spezieller Methoden, der Unterstützung der beruflichen Integration und Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen oder der</p>
-------------------	--



	<p>Unterstützung bei Zugang zu beruflicher Aus- und Weiterbildung. Weiters erbringen manche Beratungs- und Betreuungseinrichtungen Unterstützungsleistungen für SchülerInnen in Berufsinformationszentren.</p> <p>Die Ausbildungszentren dienen der Durchführung von nicht marktgängigen Ausbildungsmaßnahmen.</p> <p>In aller Regel handelt es sich um nur sehr lokal tätige gemeinnützige Vereine bzw. gemeinnützige GesmbHs, die grundsätzlich nicht dazu geeignet sind, den Handel zwischen den Mitgliedstaaten zu verzerren. Es wird daher in aller Regel auch keine Beihilfe gemäß Art. 107 AEUV vorliegen. Sollte dennoch eine Beihilfe vorliegen, wäre sie gemäß Beschluss der Kommission vom 20.12.2011 vereinbar.</p>
Form der Betrauung	Förderungsvertrag
Betrauungsdauer	idR ein Jahr
Ausschließliche oder besondere Rechte	nein
Ausgleichsmechanismus	Zuschuss zu Echkosten oder Abgangsfinanzierung. Allfällige Einnahmen reduzieren die Summe der förderungsfähigen Kosten.
Vorkehrungen gegen Überkompensation	Die Parameter sind in den zugrundeliegenden Richtlinien und Verträgen festgelegt. Anhand dieser Parameter wird eine detaillierte Abrechnung durchgeführt. Es können max. die konkret anfallenden Kosten finanziert werden. Die Erzielung von Gewinnen ist nicht zulässig.
Insgesamt ausbezahlte Förderung	<p>2014 329,7 Mio. EUR</p> <p>2015 339,5 Mio. EUR</p>

Wien, am 24. August 2016